

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

zu Tagesordnungspunkt 1 der 21. Sitzung

Berlin, 23. Januar 2008, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

Öffentliches Expertengespräch

zum Thema „Neue Medien und Engagementförderung“

mit Jörg Deppe (BürgerNetz – Social Times), Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement), Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) und Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland).

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

CDU/CSU

Blumenthal, Antje
Grübel, Markus
Riegert, Klaus
Schiewerling, Karl
Winkelmeier-Becker, Elisabeth

SPD

Bürsch, Dr. Michael
Kumpf, Ute
Reichenbach, Gerold
Rix, Sönke

FDP

Laurischk, Sibylle

DIE LINKE.

Reinke, Elke

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haßelmann, Britta

Entschuldigt:

Steinecke, Dieter (SPD)

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Gäste

Deppe, Jörg (Bürgernetz - Social Times)
Klein, Dr. Ansgar (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)
Sippel, Hanns-Jörg (Stiftung Mitarbeit)
Vogelsang, Dr. Martin (GuideStar Deutschland)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Matena, Hans
Plieth, Celia
Seifert, Tina

Bundesrat/Ländervertretungen beim Bund

Gregersen, Marieluise (Berlin)
Riedel, Holger (Saarland)
Wiebusch, Ulrich (Berlin)

Fraktionen

Bernhardt, Dr. Lars (CDU/CSU)
Stein, Thomas (FDP)
Kummer, Ralph (DIE LINKE.)

Der **Vorsitzende** eröffnet die 21. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und begrüßt zu Tagesordnungspunkt 1 Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Neue Medien und Engagementförderung“ Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement), Jörg Deppe (Bürgernetz – Social Times), Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) und Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland).

Er bitte die Experten, in ihren einleitenden Statements auch auf folgende Fragen einzugehen: Welche Entwicklungen und Perspektiven biete das Internet für den Bereich bürgerschaftliches Engagement? Welche Zwecke verfolgten ihre Institutionen mit den von ihnen angebotenen Internetportalen und wo sähen sie politischen Unterstützungs- und Förderungsbedarf?

Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) konstatiert zunächst, dass sich die internetbasierte Engagementförderung in Deutschland zwar noch im Anfangsstadium befinde, dass diese aber mittel- und langfristig eine gute Perspektive habe. Bis dahin gebe es allerdings noch einen erheblichen Infrastrukturförderungs- und Vernetzungsbedarf. Bei einer stärkeren Vernetzung seien nicht nur die Engagementangebote innerhalb der Bürgergesellschaft stärker miteinander zu verzahnen, sondern sektorenübergreifend auch Staat und Wirtschaft einzubeziehen.

Das Bürgernetz sei ein Internet-Projekt zur Förderung und Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, dessen Entwicklung das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) seit vielen Jahren als Vernetzungsträger begleite. Nach einigen schwierigen Pionierjahren nehme die Entwicklung des Bürgernetzes langsam Fahrt auf. Zurzeit befinde man sich in operativen Gesprächen mit den Bundesländern, um deren bereits vorhandene Datenbanken und Informationen im Engagementbereich stärker mit den Nutzungsangeboten des Bürgernetzes im Bereich der Zeitspenden sowie der Geld- und Sachspenden zu verbinden. Neben dem Zeitspenden- und dem Geldspendenportal bilde das Nachrichtennetz Social Times mit seinen Nachrichten rund um das Thema Bürgerschaftliches Engagement die dritte Projektsäule. Darüber hinaus sei man dabei, weitere besondere Angebote für Freiwilligendienste und sowie zum Versicherungsschutz im Ehrenamt im Internet aufzubauen, womit eine digitale Infrastruktur entstehen werde.

Eine solche Entwicklung in Deutschland anzustoßen, sei nicht einfach gewesen, weil es sehr viel Zeit bedurft habe, sich mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren auf einen gemeinsamen

Konzeptrahmen zu einigen. Auch die in Ansätzen bereits existierende Zusammenarbeit mit der staatlichen Seite bei der internetbasierten Engagementförderung müsse weiter ausgebaut werden. Hier wünsche man sich von Seiten des BBE und des Bürgernetzes, dass die Infrastrukturentwicklung im Internet noch stärker als gemeinsame Aufgabe verstanden werde.

In dieser Hinsicht könne man in Deutschland viel von den USA lernen, da dort sowohl die Internetkultur als auch die Vernetzungsprozesse weiter fortgeschritten seien. Dort existiere bereits ein enger Verbund von sektorenübergreifenden internetbasierten Engagementangeboten zwischen Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Zum anderen werde in den USA der dafür notwendige Infrastrukturaufbau im Internet mit staatlichen Mitteln gefördert.

Jörg Deppe (Bürgernetz – Social Times) weist darauf hin, dass das Bürgernetz die Möglichkeiten des Mediums Internet für die Engagementförderung so nutzbar machen möchte, dass es für den einzelnen engagementbereiten Bürger hilfreich sei. Der Freiwilligensurvey habe gezeigt, dass ein noch nicht genutztes Engagementpotenzial von 32 Prozent existiere. Dieses Interesse aufzugreifen und neue Zugänge zum Engagement zu vermitteln, sei Aufgabe des Bürgernetzes. Das Bürgernetz beruhe dabei auf den Säulen: Engagementbörsen, Online-Spenden, Engagement-Nachrichten aus der Zivilgesellschaft im Internet und Wegweiser Freiwilligendienste.

Ziel sei es, das Bürgernetz zu einer orts- und themenübergreifenden Internetplattform der Bürgergesellschaft in Deutschland zu entwickeln und darüber hinaus sektorenübergreifend die staatliche und zivilgesellschaftliche Engagementförderung miteinander zu verknüpfen. Mit wenigen Mausklicks sollten engagementinteressierte Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der der Engagementbörse des Bürgernetzes erkennen können, welche freiwilligen Tätigkeiten an welchen Orten zu welchen Themen gefragt seien. Mittlerweile werde diese bereits in 20 Orten von Kommunen und Freiwilligenagenturen genutzt. Ein weiterer Ausbau sei beabsichtigt und sinnvoll, wenn man berücksichtige, dass laut Freiwilligensurvey bereits 40 Prozent der Interessierten aufgrund eigener Initiative zu ihrem Engagement gelangten. Gerade diesen Menschen könne mit der Engagementbörse des Bürgernetzes der Zugang zum Engagement erleichtert werden. Denn dass das Internet ein geeignetes Medium sei, um Passungen herzustellen und Interessenten zueinander zu bringen, habe sich in vielen anderen Lebensbereichen bereits gezeigt.

Wer sich statt durch eine Zeitspende durch Geld- und Sachspenden engagieren möchte, erfahre durch das Spendenportal im Bürgernetz, welche Vereine und Verbände an welchen Orten für welche Zwecke Spenden sammeln. Im Spendenportal seien bis jetzt ca. 1.700 gemeinnützige Organisationen vertreten. Es sei damit die bisher mit Abstand größte Einrichtung dieser Art. Das Bürgernetz kooperiere mit der Bank für Sozialwirtschaft, die zusammen mit dem Bürgernetz gewährleiste, dass die Spendenzwecke auch erreicht würden. Die Spenden gingen zu 100 Prozent an die Vereine. Das Bürgernetz überprüfe die Gemeinnützigkeit der Vereine und informiere auch die Finanzämter darüber, welche Vereine im Bürgernetz um Spenden würden.

Alle Angebote (Zeitspenden, Geldspenden, Nachrichten und Freiwilligendienste) fände man sowohl auf der Internetseite des Bürgernetzes als auch des BBE. Die besondere Stärke des Projektes sei aber die Vernetzung. Zivilgesellschaftliche Organisationen aber auch Stadtverwaltungen könnten sowohl das Geldspenden- als auch das Zeitspendenportal als lokale Internet-Knotenpunkte des Bürgernetzes auf ihrer jeweiligen Homepage einfügen – und so einen sichtbaren Beitrag zur Unterstützung des lokalen bürgerschaftlichen Engagements leisten. Auf Vereinsseiten, die den „Spendenbutton“ des Spendenportals integriert hätten, könnten Besucher damit bequem und jederzeit vom eigenen PC aus spenden. Diese Exportierbarkeit der Angebote sei der „technologische Kniff“ des Bürgernetzes. Auch wenn man noch am Anfang der Entwicklung stehe, hätten bereits jetzt viele Vereine, Freiwilligenagenturen, Kommunen die Angebote des Bürgernetz auf ihren Homepages integriert.

Der Blick auf die USA zeige, was in Sachen internetbasierter Engagementförderung möglich sei. Auch wenn die US-Regierung nicht direkt steuernd in den Dritten Sektor eingreife, heiße dies keineswegs, dass sie diesen nicht unterstütze. So seien in den USA beispielsweise die Angebote der Engagementförderung im Internet zwischen Staat und Bürgergesellschaft bereits wesentlich stärker vernetzt. Entsprechende Beispiele fänden sich nicht nur auf den Internetseiten des amerikanischen Präsidenten, sondern auch auf denen der amerikanischen Regierung, der Bundesstaaten und vieler Stadtregierungen. Das Datenbanknetz der USA umfasse mittlerweile eine Million Spenden- und mehrere Hunderttausend Engagementprojekte – eine Größenordnung, die in Deutschland vorerst unvorstellbar sei. Generell würden sich Staat und Bürgergesellschaft in den USA zwar als verschiedenen Sektoren angehörig, nicht aber als fremde Welten begreifen. Dabei sei das Internet dort ein wichtiges Bindeglied.

Wenn der Staat etwas für eine neue Verantwortungsteilung in Deutschland tun wolle, sollte er auf möglichst effektive Weise den an einem Engagement Interessierten einen entsprechenden Zugang auch über das Internet erleichtern. Das Bürgernetz strebe an, die Engagementangebote von Staat und Bürgergesellschaft stärker zu verschränken. Dies schaffe Synergien und die Chance, mittel- und langfristig eine Infrastruktur der Bürgergesellschaft mit einem allgemein zugänglichen Auskunftssystem zum Bürgerengagement zu etablieren.

Alle die von einem solchen Angebot einen Nutzen hätten, sollten sich an der Finanzierung der dafür notwendigen Infrastruktur beteiligen. Dies geschehe auch schon teilweise. Gemeinnützige Organisationen beteiligten sich beispielsweise durch Nutzungsgebühren im Spendenportal an dessen Finanzierung, aber auch durch sehr viel Eigenarbeit bei der Pflege der Datenbanken im Bereich der Engagementbörsen. Auch einzelne Wirtschaftsunternehmen erbrachten Kostendeckungsbeiträge.

Da das Bürgernetz aber auch einen öffentlichen Nutzen habe, sei es nur „recht und billig“, wenn sich auch der Staat an der Finanzierung beteilige. Es gebe derzeit konkrete Gespräche hinsichtlich einer Basisfinanzierung des Projektes sowohl mit dem BMI als auch mit dem BMFSFJ. Allerdings habe er den Eindruck, dass die Verantwortung ein wenig zwischen beiden Ministerien hin und her geschoben werde. Das BMI habe Ende 2006 in bescheidenem Rahmen die Gründung des Bürgernetzes finanziell unterstützt, das BMFSJ werde den Aufbau der neuen Projektsäule Wegweiser Freiwilligendienste für drei Jahre fördern. Um jedoch Stabilität und Projektentwicklung nachhaltig zu sichern, sei es wünschenswert, wenn die technische Kernstruktur des Projektes dauerhaft von der öffentlichen Hand mitfinanziert würde.

Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) berichtet, dass die Stiftung Mitarbeit schon früh die Chancen und Möglichkeiten erkannt habe, die das Internet für die Engagementförderung bietet. Bereits im Jahr 2001 sei man mit dem Wegweiser Bürgergesellschaft online gegangen. Der Wegweiser sei ein Bürgerportal zum bürgerschaftlichen Engagement und zur politischen Teilhabe. Beide Themen seien aus Sicht der Stiftung Mitarbeit eng miteinander verbunden. Entsprechend sei das Portal aufgebaut.

Ein wesentlicher Schwerpunkt sei das Thema Engagementförderung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen und in verschiedenen Themenfeldern. Den zweiten Schwerpunkt bilde das Themenfeld politische Teilhabe mit ausführlichen Informationen über die Grundla-

gen der repräsentativen Demokratie sowie über neue Modelle und Methoden der Bürgerbeteiligung und der politischen Teilhabe. Dritter Schwerpunkt seien die Praxishilfen mit umfangreichen Informationen für die konkrete Arbeit der Engagierten. Diese reichten von Fragen des Fundraising und des Projektmanagements bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit.

Aus seiner Sicht passiere bereits sehr viel im Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement im Internet. Selbst kleinere Organisationen könnten es sich kaum noch leisten, nicht mit eigenen Seiten im Internet präsent zu sein. Gerade bei diesen bestehe aber auch noch ein großer Professionalisierungs- und Qualifizierungsbedarf. Denn im Gegensatz zu den USA fehle es in Deutschland innerhalb des Dritten Sektors an Serviceunterstützungseinrichtungen im Bereich der neuen Medien.

Der **Vorsitzende** fragt Herrn Sippel, ob es Wettbewerb und Überschneidungen zwischen dem Wegweiser Bürgergesellschaft und dem Bürgernetz gebe oder ob sich beide Angebote eher ergänzten.

Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) antwortet, dass sich aus seiner Sicht beide Angebote ergänzten. Während das Bürgernetz primär Engagementmöglichkeiten präsentiere und vermittele, richte sich der Wegweiser Bürgergesellschaft eher an diejenigen, die bereits engagiert seien und die bei ihrer konkreten Arbeit Unterstützung und Informationen bräuchten.

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland) weist darauf hin, dass das Internet für das bürgerschaftliche Engagement zwei wichtige Funktionen haben könne: zum einen mehr „Sichtbarkeit“ und Transparenz und zum anderen mehr Effizienz. Er teile die Ansicht von Herrn Sippel, dass kleinere und mittlere Organisationen besondere Schwierigkeiten dabei hätten, im Internet wahrgenommen zu werden und die eigenen Anliegen zu transportieren. Diesen Befund habe auch eine kürzlich von GuideStar im Auftrag der EU-Kommission erstellte Analyse bestätigt. Eine bessere Sichtbarkeit der 600.000 gemeinnützigen Vereine im Internet zu erreichen, sei daher eine wichtige Aufgabe.

Eine Online-Datenbank, in der möglichst viele Organisationen mit ihren Aktivitäten abgebildet seien, könne zudem Effizienzvorteile haben. Denn sie erweitere die Möglichkeit zu vergleichen – sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, die spenden wollten, als auch für die Organisationen, die ihre Aktivitäten bündeln und somit Zeit und Kosten sparen könnten.

Aus diesem Grund habe man vor drei Jahren damit begonnen, eine Online-Datenbank für den gemeinnützigen Sektor in Deutschland aufzubauen. GuideStar Deutschland sei Teil des internationalen Netzwerkes GuideStar International - mit Sitz in London - und kooperiere eng mit vergleichbaren Vorhaben in anderen Ländern. GuideStar Deutschland sei seit einem Jahr beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) angesiedelt, das u. a. das DZI Spenden-Siegel ver gebe. Dies trage dazu bei, die Bekanntheit und Glaubwürdigkeit des Projektes zu erhöhen. GuideStar Deutschland wolle eine Online-Datenbank des Dritten Sektors aufbauen, in der auf Basis freiwilliger Selbstauskunft Informationen über die Arbeit der Organisationen (Finanzdaten, Rechenschaftsberichte etc.) für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollten. Organisationen könnten auf diese Weise nicht nur ihre Arbeit präsentieren, sondern auch ihre Werbung um Zeit-, Sach- und Geldspenden optimieren.

In Deutschland gebe es bereits viele Datenbanken. Sie leisteten wertvolle Arbeit, seien jedoch zumeist geographisch oder von ihrer Funktion her sehr stark eingegrenzt. Dagegen fehle eine Datenbank, die den Dritten Sektor mit seinen 600.000 gemeinnützigen Organisationen und 20.000 nicht-kirchlichen Stiftungen flächendeckend widerspiegle. In dieser Hinsicht sei man sowohl in den USA als auch in Großbritannien bereits wesentlich weiter. In der Datenbank von GuideStar USA seien 1,5 Millionen gemeinnützige Organisationen mit permanent aktualisierten Informationen über die personelle und finanzielle Situation sowie über Projekte dokumentiert; in Großbritannien seien es mehr als 170.000 Organisationen.

Vergleichbare Zahlen seien in Deutschland kurz- und mittelfristig sicherlich nicht zu erzielen – auch weil es in den USA und Großbritannien wesentlich weitergehende Publizitäts- und Rechnungslegungspflichten für gemeinnützige Organisationen gebe. Dass der Gesetzgeber hier in absehbarer Zeit ähnlich umfassende Berichterstattungspflichten für gemeinnützige Organisationen einführe, sei nicht zu erwarten. Insofern setze man bei GuideStar Deutschland beim Aufbau der Online-Datenbank auf das Prinzip der freiwilligen Selbstauskunft und auf die Kooperation des Dritten Sektors, der über den Beirat in das Projekt eingebunden sei. Eine solche Datenbank könnte im Rahmen der Bürgernetzplattform des BBE als Basisinformationssystemfunktion für alle Nutzer fungieren und somit das Angebote der anderen Partner ergänzen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Vogelsang für seine Ausführungen und seinen Hinweis, dass die Online-Datenbank von GuideStar Deutschland nicht in Konkurrenz zu den anderen vorgestellten Angeboten stehe. Er halte diese für geeignet, die Transparenz im Feld der ge-

meinnützigen Organisationen zu erhöhen. Herr Dr. Vogelsang habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es in Deutschland andere Transparenzregeln als in den USA, Schweden und anderen Ländern gebe, wo man Auskünfte – gerade auch über gemeinnützige Organisationen und deren finanzielle Situation – direkt aus dem Internet abrufen oder beim Finanzamt erfragen könne. In Deutschland unterlägen dagegen solche Steuerdaten einem besonderen Schutz. Die 2005 gegründete Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“, in der die Wohlfahrtsverbände und andere gemeinnützige Organisationen vertreten seien, habe sich auch mit der Frage der Verbesserung der Transparenz im Dritten Sektor eingehend befasst und sich dafür ausgesprochen, mehr Transparenz durch freiwillige Selbstverpflichtungen zu schaffen. Der Vorsitzende eröffnet die Fragerunde und erteilt dem Abg. Grübel das Wort.

Abg. **Markus Grübel** (CDU/CSU) ist der Ansicht, dass in den neuen Medien große Chancen für die Engagementförderung stecken. Das Internet werde von Jahr zu Jahr immer intensiver genutzt und es werde der Zeitpunkt kommen, dass nicht im Internet präsenste gemeinnützige Organisationen gar nicht mehr lebensfähig seien. Er habe folgende Fragen an die Experten: Was koste die Vereine, Organisationen und Stiftungen die Aufnahme in die vorgestellten Portale oder würden die Kosten von den Portalen selbst getragen? Eine weitere Frage betreffe den Aspekt der Seriosität. Würden Organisationen, die sich am Spendenportal beteiligten, vorher kontrolliert und wie könne verhindert werden, dass durch einzelne „schwarze Schafe“ das ganze System in Verruf gerate? Ferner interessiere ihn, wie viele themenübergreifende konkurrierende Dachportale es gebe.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Experten für ihre einleitenden Stellungnahmen. Nach ihrer Einschätzung hätten die neuen Medien bereits heute eine hohe Relevanz für das allgemeine persönliche und berufliche Leben der Bürgerinnen und Bürger – und auch die Bedeutung für die Engagementförderung werde sicherlich künftig noch steigen. Von daher sei es wichtig, dass sich der Unterausschuss eingehend mit diesem Thema befasse – auch mit Blick auf andere Länder, wo man bereits über größere Erfahrungen verfüge. Sie interessiere, ob es bereits Erfahrungswerte gebe, welche Vereine das Internet bereits aktiv für die Engagementförderung nutzten und ob über die neuen Medien besonders junge Menschen einen Zugang zum Engagement fänden.

Abg. **Elke Reinke** (DIE LINKE.) fragt, ob es für die Vereine oder Initiativen etwas koste, in die Datenbanken aufgenommen zu werden. Zudem interessiere sie, woher die Datenbanken ihre Informationen bekämen – von den interessierten Initiativen oder aus eigenen Quellen und Erkenntnissen?

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass das Online-Lexikon „Wikipedia“ davon lebe, dass Menschen sich ehrenamtlich einklinken, mitarbeiten und ihre Kompetenzen einbrächten. Wikipedia sei insofern ein Projekt der Bürgergesellschaft selbst. Sie möchte von den Experten wissen, wie die Datensammlung und -pflege in den von ihnen vorgestellten Projekten erfolge. Welche Kriterien gebe es für Aufnahme und Zugang zu den Datenbanken? Wie werde die Korrektheit der Angaben überprüft? Werde die Arbeit der Projekte durch einen Beirat kontrolliert und seien daran auch Organisationen der Bürgergesellschaft beteiligt? Wie werde sichergestellt, dass die Daten gepflegt würden und aktuell seien? Herr Deppe habe zudem die Notwendigkeit einer staatlichen Beteiligung am Aufbau der Infrastruktur angesprochen. Welche Kosten seien hierfür aus Sicht der Experten zu veranschlagen?

Der **Vorsitzende** erteilt zunächst Herrn Sippel zur Beantwortung das Wort.

Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) berichtet, dass das eigene Internetangebot nicht nur von Jugendlichen, sondern mittlerweile von allen Generationen genutzt werde. Gerade die Nutzungszahlen der Älteren nähmen deutlich zu. Die Stiftung Mitarbeit plane – nach dem Modell von Wikipedia – die Nutzerinnen und Nutzer stärker in die Erstellung von Inhalten einzubeziehen. Ob sich dieses Modell auf den Wegweiser Bürgergesellschaft übertragen lasse, werde die Erprobung zeigen.

Die angesprochene Aktualität von Datenbanken und deren Inhalten sei in der Tat ein wichtiger Aspekt. Um diese beim Wegweiser Bürgergesellschaft zu gewährleisten, wende die Stiftung Mitarbeit viel Zeit und personelle Ressourcen auf. Insgesamt seien etwa zwei Stellen notwendig, um das gegenwärtige Angebot auf aktuellem Stand zu halten.

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar) weist darauf hin, dass man hinsichtlich der Kosten differenzieren müsse. Die Datenbank sei praktisch schlüsselfertig geliefert worden, weil GuideStar Deutschland Teil eines internationalen Netzwerkes sei. Wenn GuideStar Deutschland die

Entwicklungskosten selbst zu tragen gehabt hätte, wären sicherlich Kosten in einem mittleren sechsstelligen Bereich entstanden.

Die Mitarbeiter der geplanten Online-Datenbank für den gemeinnützigen Sektor seien Angestellte des DZI. Das Projekt sei Teil des aus Mitteln der EU-Kommission geförderten eTEN-Programmes und damit auch Teil eines Konsortiums von vier europäischen Ländern, mit dem herausgefunden werden solle, inwieweit eine solche Datenbanklösung – trotz der im Vergleich zum angelsächsischen Raum anderen Transparenzvoraussetzungen – auch in Kontinentaleuropa funktionieren könne.

Was die künftige Finanzierung betreffe, weist Herr Dr. Vogelsang auf das vom DZI vergebene Spendensiegel hin, das sich mittlerweile zu etwa 50 bis 60 % über die für die Prüfung anfallenden Gebühren refinanzieren. Man sei sich jedoch bewusst, dass die Basisinformationen dauerhaft kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssten, wie es bei den meisten erfolgreichen Internetportalen der Fall sei. Die Organisationen, die dazu aufgerufen würden, ihre Daten abzuliefern, würden dies umsonst tun können. GuideStar würde ihnen den Berichtsrahmen liefern, in den sie ihre Daten eingeben könnten. Dieses Konzept werde in anderen Ländern bereits erfolgreich praktiziert.

Die Einspeisung der Daten müsse in Deutschland anders erfolgen als in anderen Ländern. Man benötige zunächst eine kritische Masse an Daten von rund 1.000 bis 2.000 Organisationen in einem eingrenzten geographischen Bereich. Wenn diese vorhanden seien, gehe man mit der Datenbank online und hoffe, dass durch deren Attraktivität weitere Organisationen hinzukämen. Diese Vorgehensweise funktioniere, wenn eine Datenbank gut und relevant sei, wie sich im kommerziellen Bereich des Internets gezeigt habe.

Die Seriosität der Daten sei ein weiterer wichtiger Aspekt. Bei einer Datenbank auf freiwilliger Basis könne man nicht das Ausfüllen von 100 Datenfeldern zur Voraussetzung für die Aufnahme von Organisationen machen. Man werde sich daher auf eine gewisse Anzahl von Pflichtdaten beschränken. Zugleich werde man bei den Organisationen dafür werben, darüber hinausgehende Angaben zu machen, weil dies die Attraktivität erhöhe. In England gebe es 170.000 Charities, die alle in der dortigen Datenbank verzeichnet seien. 28.000 von ihnen hätten mittlerweile ihre Daten aktualisiert, weil sie sagten, „wenn wir schon dabei sind, betei-

gen wir uns richtig“. Denkbar wäre auch, in gewissen Zeitabständen eine Liste der Organisationen, die ihre Daten aktualisiert hätten, auf der erste Seite zu platzieren.

Zu überlegen sei ferner, ob weitere Auskünfte - etwa über den Freistellungsbescheid oder die Hinzuziehung eines externen Wirtschaftsprüfers - vorgeschrieben werden sollten. Für schwierige Fälle sei zu erwägen, einen Ombudsmann zu bestellen, der als neutrale Person darüber entscheide, ob z. B. politisch oder religiös problematische Organisationen in das Portal aufgenommen werden sollten oder nicht.

Jörg Deppe (BürgerNetz - Social Times) weist darauf hin, dass alle hier vorgestellten Projekte interaktiv ausgerichtet seien. Da die Dateneingabe dezentral durch die Vereine selber erfolge, hätten diese schon von sich aus ein Interesse daran, ihre Daten auch aktuell zu halten.

Hinsichtlich der Frage nach der Kontrolle der Organisationen und deren Angaben, habe man sich im BürgerNetz für folgendes System entschieden: Wer vor Ort nah dran sei, könne auch am besten die gemachten Angaben prüfen. Dies bedeute beispielsweise, dass die von Vereinen auf lokaler Ebene eingegebenen Daten im Zeitspendenbereich, beispielsweise von den lokalen Freiwilligenagenturen kontrolliert werden sollten – z. B., dass keine neonazistischen Vereine die Plattform nutzen. Welche lokale Freiwilligenagentur sich im BürgerNetz beteilige, werde wiederum von den Dachorganisationen auf Bundesebene wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen oder dem Verbund Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband entschieden. Bei den Spendenprojekten sei eine weitere Sicherung dadurch eingebaut, dass das BürgerNetz die Finanzämter darüber informiere, welche Organisationen sich um Spenden bemühten. Grundsätzlich sei das Internet ein Medium, bei dem man hinsichtlich der Kontrolle und der Sicherheit auf die Nutzer setzen müsse, wie dies Wikipedia beispielsweise auch tue.

Die Kosten seien vergleichsweise gering, weil es sich um ein interaktives System handle. Dies gelte auch für die Vereine. Bei den Zeitspenden entstünden für sie gar keine Kosten, bei den Geldspenden würde ein Euro im Jahr gefordert. Diese Summe habe eher eine symbolische Bedeutung und diene auch dazu, für ein wenig mehr Formalität beim Anmeldevorgang zu sorgen. Die Kosten des Projektes würden - neben solch geringfügigen Nutzungsbeiträgen - durch Wirtschaftsunternehmen mit abgedeckt. Hinzu kämen Kostendeckungsbeiträge auch über den Nachrichtenbereich Social Times, wo Werbeerlöse einbezogen werden könn-

ten. Wünschenswert wäre aus den genannten Gründen zudem die Beteiligung der öffentlichen Hand bei der Finanzierung der notwendigen technologischen Kernstruktur.

Dr. Ansgar Klein (BBE) weist darauf hin, dass das Internet einerseits den Zugang zu Daten erhebliche erleichtere, andererseits bestehe aber auch die Gefahr der Entstehung einer überkomplexen Datenflut. Gerade wenn man qualifizierte Daten wolle, benötige man ein Leitsystem, das professionell betreut werde, um Seriosität und Sicherheit zu gewährleisten. Dieser Infrastrukturaufwand koste auch Geld.

Es könnten sich aber zugleich auch Synergien entwickeln – etwa zwischen der Spendensäule im Bürgernetz, dem Spendensiegel des DZI und der Online-Datenbank für gemeinnützige Organisationen von GuideStar. Der Nutzer könne im Spendenportal des Bürgernetzes beispielsweise erkennen, ob eine Organisation das Spendensiegel habe oder in der GuideStar-Datenbank auf freiwilliger Basis zur Transparenz der eigenen Arbeit beitrage oder nicht.

Ähnliches gelte auch für den Bereich der Zeitspende. In Rheinland-Pfalz gebe es beispielsweise Datenbanken mit mehreren tausend Informationen und Engagementangeboten von Organisationen. Von diesen seien allerdings nur einige Hundert von lokalen Freiwilligenagenturen daraufhin geprüft worden, ob es sich tatsächlich um gute Einsatzstellen für Engagierte handele. Ein solches Angebot mit qualitativen Kriterien zu entwickeln, erfordere Aufwand, trage aber auch zur Nutzbarkeit und Hochwertigkeit der Infrastruktur bei. Aus Sicht des BBE biete das Bürgernetz ein großes Potenzial, das in vielerlei Hinsicht noch weiter zu erschließen sei. Es sei jedoch eine neue Dynamik sichtbar, weil die Bundesländer einstiegen, Zusatzangebote wie der Wegweiser Freiwilligendienste beim Bürgernetz und Zusatzinformationen wie die GuideStar-Datenbank im Aufbau seien.

Der **Vorsitzende** erteilt der Abg. Laurischk zur Eröffnung der zweiten Fragerunde das Wort.

Abg. **Sibylle Laurischk** (FDP) merkt an, dass wenn sich das Fundraising wie in den USA zu einem großen Thema in Deutschland entwickeln solle, setze dies eine hohe Verlässlichkeit und eine gute Kontrolle voraus. Vor diesem Hintergrund interessiere sie, wie hoch die Gesamtsumme der Geldspenden über das Internet in Deutschland überhaupt sei und wie die Kontrolle bei der Verwendung der Spenden funktioniere.

Abg. **Gerold Reichenbach** (SPD) möchte wissen, was die vorgestellten Datenbanken leisten, was die Internetsuchmaschine „Google“ nicht auch könne. Er ärgere sich immer wieder über Datenbanken, die unvollständig und nicht aktuell seien. Deshalb bevorzuge er Google auch für Suchanfragen im ehrenamtlichen Bereich.

Abg. **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU) erkundigt sich, ob es bereits Erkenntnisse über den zusätzlichen Nutzen von internetbasierten Engagementangeboten bei der Zeitspende gebe. Seien auf diese Weise auch Menschen für ein Engagement zu gewinnen, die zuvor noch nicht freiwillig aktiv gewesen seien? Sei ein häufigerer Wechsel oder Abbruch bei Interessen feststellbar, die über das Internet zum Engagement gestoßen seien? Zudem interessiere sie, ob die Funktion der beschriebenen Internetplattformen in dem Moment erschöpft sei, wenn man eine passende Organisation gefunden habe oder bestünden darüber hinaus noch andere Arten der dauerhaften Beziehungspflege und des Informationsaustausches?

Der **Vorsitzende** erteilt zunächst Herrn Dr. Vogelsang zur Beantwortung das Wort.

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland) betont, dass die GuideStar-Datenbank gegenüber der Internetsuchmaschine Google eine Reihe qualitativer Vorteile habe. Bei Google würde man sicherlich auch Informationen über Organisationen finden. Diese seien jedoch in der Regel heterogen und nicht vergleichbar. Der wesentliche Vorteil der geplanten Datenbank sei, dass ein einheitlicher Standard für die Berichterstattung über gemeinnützige Organisationen - ob groß oder klein, ob Stiftung oder Verein - geschaffen werde.

Abg. Gerold Reichenbach wirft ein, dass die geplante Online-Datenbank aber aktueller als Google sein müsse, damit die beschriebenen Vorteile zur Geltung kommen könnten.

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland) stimmt dem Abg. Reichenbach zu. Die Messlatte, wie oft die Daten aktualisiert würden, bestimmten die am Projekt beteiligten Akteure selber. Geplant sei, Ende des Jahres mit der Datenbank online zu gehen. Es würden verschiedene Module eingeführt, so dass man Organisationen aus bestimmten Bereichen miteinander vergleichen könne – beispielsweise hinsichtlich der Verwaltungs- oder Programmkosten. Wenn die Datenbank so – wie derzeit geplant – umgesetzt werde, sei dies nach seiner Einschätzung ein gewaltiger qualitativer Fortschritt gegenüber der Suche bei Google.

Jörg Deppe (Bürgernetz - Social Times) berichtet, dass im Spendenmonitor des letzten Jahres danach gefragt worden sei, wie viele Menschen in Deutschland überhaupt schon einmal das Internet zum Spenden benutzt hätten. Die Zahl habe – im Vergleich zu den USA – bei sehr bescheidenen zwei Prozent gelegen. 1999 habe die Befragung sogar nur ein Prozent ergeben. Dies zeige, dass man beim Aufbau eines Spendenportals in Deutschland einen langen Atem brauche.

Den Vorteil der in der Sitzung präsentierten Engagementangebote im Internet sehe er vor allem darin, dass diese – im Gegensatz zum chaotischen Google – eine Systematik böten. Beim Bürgernetz käme zusätzlich die lokale Anwendung hinzu. Eine Umfrage bei Freiwilligenagenturen, die bereits eine Engagementbörse im Internet nutzten, habe ergeben, dass 95 Prozent der befragten Agenturen nach deren Einführung eine höhere Zahl an Interessenten konstatiert habe. 76 Prozent der Freiwilligenagenturen hätten erklärt, sie hätten auch mehr Vermittlungen in ein freiwilliges Engagement gehabt. Die Nutzer der Online-Engagementbörse von Freiwilligenagenturen seien zudem deutlich jünger gewesen als diejenigen, die die Angebote der Freiwilligenagenturen ansonsten vor Ort nutzten. Dies zeige, worin der Nutzen solch interaktiver Angebote liegen könne.

Hanns-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit) ergänzt, dass beim Wegweiser Bürgergesellschaft ein Kategoriensystem neu eingeführt worden sei. Dieses diene der Führung und Vorauswahl und sei von den Nutzern sehr dankbar aufgenommen worden.

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland) weist darauf hin, dass die Einführung der Online-Datenbank in den USA zu einer gewissen Nivellierung beim Spendeneingang geführt habe. Es sei nicht mehr so, dass nur wenige große Organisationen fast alle Spenden bekämen und die kleinen fast gar keine. Wer nichts oder wenig über eine Organisation wisse, spende im Zweifelsfall auch nicht an eine solche Organisation. Eine Datenbank würde daher - nach seiner Überzeugung - zu mehr Transparenz und besseren Informationen über Organisationen führen und damit auch zu einer gewissen „Demokratisierung“ im Spendenwesen.

Der **Vorsitzende** erteilt dem Abg. Reichenbach das Wort zu einer Nachfrage.

Abg. **Gerold Reichenbach** (SPD) bemerkt, dass eine Datenbank nur dann einen Vorteil gegenüber Google habe, wenn sie Qualitätsinformationen liefere. Eine formale Kategorisierung allein sei jedoch kein Garant dafür, eine Qualitätsinformation zu erhalten. Ob eine Organisation beispielsweise einen hohen Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung von Spenden habe, sage nicht zwangsläufig etwas über die Qualität ihrer Arbeit aus. Natürlich könne ein hoher Abzweig für Verwaltungsaufwand auch genau das Gegenteil bedeuten, aber das rein formale Kriterium stelle keine Qualitätsinformation dar. Insofern bedürfe es eines sehr guten Qualitätsmanagement, das darüber entscheide, welche Informationen in die Datenbank aufgenommen würden und welche nicht – anderenfalls sei eine Datenbank nutzlos.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich bei den Experten, ob sie noch weiterem Handlungsbedarf seitens der Politik sehen. Dass der Aufbau einer internetbasierten Engagementförderung auch eine öffentliche Aufgabe sei, sei bereits als Botschaft formuliert worden. Darüber hinaus sei von Herrn Deppe und Herrn Dr. Vogelsang die Bedeutung der Transparenz von Vereinen und Institutionen für die Engagementgewinnung hervorgehoben worden. Ergebe sich daraus auch ein politischer Handlungsbedarf?

Dr. Martin Vogelsang (GuideStar Deutschland) weist darauf hin, dass bereits in der vom Vorsitzenden erwähnten Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechtes“ das Thema Transparenz und damit auch der Aufbau einer Datenbank eine wichtige Rolle gespielt habe. Er wünsche sich, dass das Thema wieder stärker auf die politische Tagesordnung der Bundesebene käme, da es dort seit der Verabschiedung des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im letzten Jahr keine neuen Entwicklungen mehr gegeben habe.

Jörg Deppe (Bürgernetz - Social Times) betont, dass er sich – neben der bereits angesprochenen Beteiligung des Bundes am Aufbau der Infrastruktur im Internet – eine stärkere Kultur der Gemeinsamkeit zwischen Staat und Bürgergesellschaft wünsche, wie sie in den USA bereits bestehe. Wenn man Engagementförderung als gemeinsame sektorenübergreifende Aufgabe verstehe, könne gerade auch über das Internet noch mehr Engagementpotenzial erschlossen werden. Wünschenswert wäre zudem, auch das Thema Verbesserung der Transparenz im Dritten Sektor zu einem gemeinsamen Anliegen zu machen.

Dr. Ansgar Klein (BBE) hebt die Vernetzung der Datenbanken von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden sowie die Schaffung von Synergien als wichtigste Aufgaben bei der Infrastrukturentwicklung im Bereich der neuen Medien hervor. Auch Lücken in der Kontrolle könnten durch eine intelligente Verbindung der Informationen und Daten über die Organisationen des Dritten Sektors geschlossen werden. Auch wenn es keine gesetzlichen Publizitätspflichten für gemeinnützige Organisationen in Deutschland gebe, betrachte er die freiwillige Veröffentlichung als Chance, weil die Notwendigkeit von mehr Transparenz auch von den Verbänden erkannt worden sei. Hierfür bedürfe es einer Kultur der Transparenz und eines Leitsystems, zu dessen Aufbau das Bürgernetz und die anderen vorgestellten Projekte in den nächsten Jahren ebenso wertvolle inhaltliche Beiträge leisten könnten wie die öffentliche Hand durch eine finanzielle Unterstützung.

Der **Vorsitzende** dankt den Experten für ihre engagierten Vorträge, die die Chancen und Herausforderungen des Mediums Internet für die Engagementförderung deutlich gemacht hätten. Man werde sehen, was man für die vorgebrachten Anliegen tun könne. Er unterstreiche, was Herr Dr. Klein gesagt habe, nämlich dass der Wille zu mehr Transparenz nicht gesetzlich vorgeschrieben werden solle, sondern von den Organisationen des Dritten Sektors selber ausgehen müsse. Wenn man sich auf freiwillige Standards für die Veröffentlichung in der GuideStar Online-Datenbank einigen könne, sei dies auch ein Zeichen dafür, dass man bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen verstanden habe, dass Bürgergesellschaft auch heiße, transparent zu machen, wer wie viel spende und wie man mit dem Spendengeld umgehe. Er hoffe, dass man sich in zwei Jahren wieder zusammenfinde und dass es dann GuideStar, das Bürgernetz und andere Angebote gebe, die in diesen Fragen weiterhelfen würden.

Damit schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet Experten und Gäste, den Sitzungssaal vor dem folgenden nichtöffentlichen Teil zu verlassen.



Dr. Michael Bürsch